

ANTRÄGE

1) Nachtbusse

GR. **Haberler** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bewohner, die in jenen Stadtrandgebieten wohnen, in welchen die Nachtbusse verkehren, äußern immer wieder, dass diese fast leer unterwegs sind.

Da die Busse viel lauter als PKWs sind, werden die Bewohner, wenn sie gerade in den Sommermonaten bei offenem Fenster schlafen wollen, durch diesen Lärm immer wieder aus dem Schlaf gerissen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen beauftragt werden, die Ist-Situation zu erheben und aufgrund der gewonnenen Daten allenfalls neue Überlegungen, zum Beispiel im Hinblick auf die Taktung, anzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Freiwilligen-Engagement in unserer Stadt – Zusammenführung von Angebot und Nachfrage

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Tausende Menschen engagieren sich in unserer Stadt ehrenamtlich. Die dadurch entstehende Wertschöpfung ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft.

Verschiedene Initiativen, wie etwa die Gruppe „Graz entwickelt Ehrenamt“, setzen sich seit Jahren für verbesserte Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche ein.

Ein wesentlicher Punkt ist die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage. Einerseits suchen unzählige gemeinnützige Vereine Freiwillige. Andererseits bestätigt der Bundesfreiwilligenbericht, dass sehr viele PensionistInnen nicht ausreichend über die Möglichkeit eines freiwilligen Engagements in der näheren Umgebung informiert sind, wohl aber gerne sich für andere Menschen einsetzen möchten.

Sich gemeinnützig einzusetzen bedeutet, von der Gesellschaft gebraucht zu werden.

Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Das Präsidialamt wird ersucht – gemeinsam mit der Projektgruppe „Graz entwickelt Ehrenamt“ – eine Auflistung der verschiedenen Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren, zu erarbeiten.

Die Stadt soll mit den Pensionsversicherungsanstalten in Verhandlung treten, um in Kooperation das Freiwilligenangebot jährlich an die PensionsbezieherInnen auszusenden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Pilotprojekt Sozialraumorientierung

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 23. Mai 2005 wurde im Sozialmedizinischen Zentrum Liebenau das unter der Leitung von Mag. Norma Rieder (Sozialamt) und Edith Sandner-Koller (Amt für Jugend und Familie) vorbereitete Projekt der Sozialraumorientierung präsentiert.

Die damalige Sozialstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl brachte diese sozialpolitische Neuerung der beiden Ämter auf Schiene.

Bei der Präsentation wurde wie folgt argumentiert:

Die Dienstleistungen des Jugend- und des Sozialamtes sollen rascher erbracht werden, die Hilfe muss bedarfsorientiert und flexibel erbracht werden, die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern soll besser koordiniert werden. Und vor allem: Während bisher der Bürger oder die Bürgerin sich die benötigten

Hilfsangebote bei verschiedenen Stellen „zusammensuchen“ mussten, werden diese in Hinkunft von einer Person koordiniert.

Kaltenbeck-Michl plante in ihrem Konzept zuerst die Umsetzung im Jugend- und darauf aufbauend im Sozialamt.

Seit dem Jahr 2010 gibt es die Sozialraumorientierung in der Jugendwohlfahrt als Pilotprojekt in Graz. Das Land Steiermark stellte den notwendigen Rahmen bereit. Nun wurden die vergangenen drei Jahre vom renommierten deutschen Fachmann Vincent Richardt evaluiert – mit höchst erfreulichem Ergebnis. Denn einerseits konnte die Effizienz angehoben werden, andererseits sind die Kosten zurückgegangen. Leider wurde die Studie noch nicht im Sozialausschuss präsentiert bzw. diskutiert.

Mehr dazu auf:

[http://www.graz-
innerstadt.spoee.at/stadtgraz/aktuelles/news/sozialraumorientierung-mehr-effizienz-
weniger-kosten](http://www.graz-
innerstadt.spoee.at/stadtgraz/aktuelles/news/sozialraumorientierung-mehr-effizienz-
weniger-kosten)

Zum Plan, Teile des Sozialamtes auch in die Sozialraumorientierung einzugliedern, erklärte das Sozialamt im Juni 2010: „Da das Gesetz der bedarfsorientierten Mindestsicherung die bisherige Sozialhilfelandtschaft grundlegend verändert, wäre eine Eingliederung von Aufgaben des Sozialamtes in Sozialraumorientierung vor der Umgestaltung durch die Mindestsicherung nicht ratsam.“

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ ist nun schon seit März 2011 in Kraft.

Familien, in welchen mehrere Dienstleistungen des Sozialhilfe-, des Behindertenhilfe- und des Jugendwohlfahrtsgesetzes eingesetzt werden, könnte in der Sozialraumorientierung noch zielgenauer geholfen werden, wenn sich auch, wie ursprünglich geplant, das Sozialamt in das Konzept integrieren würde.

Auch das Amt für Soziales (A5) hat bereits wichtige Schritte in Richtung Case-Management und ganzheitliche Begleitung der Familien gesetzt. Die weitere Entwicklung geht in Richtung Eingliederung von Aufgaben des Sozialamtes in die Sozialraumorientierung.

Im Landes-Sozialressort gibt es bereits Überlegungen, die Sozialraumorientierung im Sozialbereich anzuwenden.

So wie auch im Jugendwohlfahrtsbereich müsste das Land Steiermark für den Sozialbereich den notwendigen Rahmen bereitstellen.

Daher stelle ich namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

- 1.) Das Amt für Jugend und Familie wird ersucht, in einer gemeinsamen Sitzung des Sozial- und Jugendausschusses die im Motivenbericht beschriebene Evaluierung der Sozialraumorientierung im Jugendwohlfahrtsbereich zu präsentieren.
- 2.) Der Landesgesetzgeber wird über den Petitionsweg ersucht, die Sozialgesetzgebung des Landes zu prüfen, um über eine Rahmenvereinbarung auch in Teilen des Sozialamtes ein Pilotprojekt „Sozialraumorientierung“ zu ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Internet-Universität

GR.ⁱⁿ Kaufmann stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Immer mehr rückt das lebenslange Lernen in den Vordergrund. Oft werden Berufe gleich ergriffen, aber dennoch wird auf eine fundierte Ausbildung viel Wert gelegt. Hier sollte das Potenzial des Internets verstärkt genutzt werden. Ein wichtiges Vorhaben für Graz wäre es daher, die verstärkte Nutzung des Internets in der universitären Bildung zu implementieren. Durch die weite Verbreitung des Mediums könnte es für viel mehr Menschen als bisher möglich werden, an den Angeboten der Hochschulen teilzuhaben.

Auf Onlineplattformen können Inhalte zur Verfügung gestellt werden, die dann im Selbststudium gelernt werden können. Das kostet nicht viel und ist effektiv.

Die Gründung einer Internet-Universität – in Kooperation mit unseren Universitäten – führt zu einer weiteren Aufwertung des Bildungsstandortes Graz. Gerade für Berufstätige ist es schwer, eine universitäre Ausbildung zu absolvieren. Die Internet-Universität wird auch Menschen, die nicht in Graz wohnhaft sind, ansprechen. Auf einer Internet-Uni sollten nicht nur Studien und Universitätslehrgänge angeboten werden, sondern auch kürzere Aus- und Weiterbildungen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

dass die zuständige Stadtsenatsreferentin Dr. Martina Schröck mit den Grazer Universitäten und Hochschulen in Kontakt tritt und die Möglichkeiten prüft, damit Graz ein Standort für eine Internet-Universität werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Vereinheitlichung der schulautonomen Tage an allen Pflicht- und Höheren Schulen

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die schulautonomen Tage sind für viele Familien, vor allem jene, die mehr als ein Schulkind haben, ein großes Problem. Es kommt vor, dass z.B. bei einer 2-Kind-Familie das erste Kind Ferien im Oktober, das Zweite zweimal zusätzliche freie Tage einmal im Anschluss an Ostern und einmal an Pfingsten hat. Für die Eltern ist die Betreuung ihrer Kinder an unterrichtsfreien Tagen eine enorme Herausforderung. Selbst wenn Großeltern zur Verfügung stehen, ist es meist nicht möglich, dass beide Elternteile zusammen mit ihren Kindern die Ferien verbringen.

Im Namen der Grazer Volkspartei stellen wir daher folgenden

A n t r a g:

Der Grazer Gemeinderat möge auf dem Petitionswege an die zuständigen Gebietskörperschaften mit dem dringenden Ersuchen herantreten, die schulautonomen Tage abzuschaffen und unterrichtsfreie Zeiten einheitlich für alle Schultypen zu erlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Errichtung eines Gehsteiges in der Ulmgasse

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits am 18. November 2010 wurde von mir ein Antrag bezüglich der gefährlichen Situation für FußgängerInnen in der Ulmgasse eingebracht. Es ging um den geschotterten und mit Begrenzungspfählen abgegrenzten Fußgängerweg, welcher mit Kinderwägen unmöglich befahrbar ist. In der Beantwortung dieses Antrages vom 4. März 2011 wurde mir mitgeteilt, dass der abgegrenzte Schotterweg nur ein Provisorium sei und versucht werde, mit den Wirtschaftsbetrieben eine Lösung zu finden.

Leider hat man bis heute keine Lösung anzubieten.

Das Problem wird bereits seit vielen Jahren immer wieder von der dort betroffenen Bevölkerung bei diversen Bezirksversammlungen angesprochen und auch von den Medien aufgegriffen.

Im Bereich der Ulmgasse befinden sich inzwischen mehrere Siedlungen mit vorwiegend jungen Familien, welche täglich mehrmals diese Straße benützen. Außerdem ist festzustellen, dass der Verkehr auf Grund der Bahnunterführung immer mehr zunimmt.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen in der Stadt werden ersucht, gemeinsam mit der Holding Graz eine für die AnrainerInnen annehmbare Lösung für die Errichtung eines Gehsteiges zu finden und diesen so schnell wie möglich zu errichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Freier Eintritt in Grazer Museen

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Museen sind, wie bereits seit langer Zeit u.a. von ICOM anerkannt, Bildungseinrichtungen und als solche unterliegen sie der Verpflichtung zum barrierefreien Zugang. Barrierefreiheit bedeutet jedoch nicht allein, problemlosen Zugang für körperlich eingeschränkte Menschen zu schaffen, es bedeutet auch die Minderung unsichtbarer Sozial- und Klassenschranken.

Eintrittsgelder tragen sehr viel zum Erhalt dieser Schranken bei und mindern zudem auch den Anreiz auf einen Gelegenheitsbesuch eines Museums, einer Ausstellung oder einfach auch nur eines sich darin befindenden Objekts. Das zeigen ganz deutlich Umfragen des renommierten Instituts für Museumsforschung und nicht zuletzt Studien aus Ländern wie Großbritannien, wo die Museen ihre Besucherzahlen nach dem Verzicht auf Eintrittsgelder schlagartig verdoppeln konnten. Das Victoria-and-Albert-Museum etwa konnte die BesucherInnenzahlen um 62 Prozent erhöhen und stellte darüber hinaus fest, dass die soziale Mischung bunter wurde und viel mehr Menschen mit speziellen Interessensgebieten ins Museum kamen. Analog wäre hier für Graz etwa eine Wandergruppe denkbar, die sich am Vortag des geplanten Ausflugs das Ziel noch einmal kurz auf dem Relief im Joanneum ansehen will und dabei nebenher noch Informationen zur Flora und Fauna oder Geologie der Gebirgswelt mitgeliefert bekommt.

Dazu kommt, dass Eintrittsgelder ohnehin nur einen geringen Teil des Etatbedarfs von Museen abdecken können, der oft noch nicht einmal die Kosten für das Abrechnungssystem deckt. So spart sich etwa die Stadt Magdeburg jährlich 50.000 €, seit sie auf Eintrittsgelder verzichtet, Museen in Großbritannien vermelden sogar Mehreinnahmen durch die erhöhte Spendenbereitschaft des zunehmenden Publikums.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz wird ersucht, die städtischen und der Stadt unterstellten Museen von der Einhebung von Eintrittsgeldern zu befreien.

Zudem wird die Stadt Graz als Standort und Mitfinanzier der größten Häuser des Landesmuseums Joanneum (inkl. Kunsthaus) ersucht, in einer Petition an das Land Steiermark die Befreiung der Landesmuseen von Eintrittsgeldern zu erwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Autobahnstrecken in und um das Grazer Stadtgebiet von der Vignettenpflicht befreien

GR. Eber stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits vor über einem Jahr, im Mai 2012, hat Gemeinderätin Gertrude Schloffer den Antrag gestellt, die Vignettenpflicht für Autobahnen in städtischen und stadtnahen Gebieten aufzuheben. Im November 2012 hat Gemeinderat Armin Sippel einen dringlichen Antrag gestellt, der in die gleiche Richtung zielt.

Hintergrund dafür war die Tatsache, dass Staus in der Stadt Graz zu einem Teil auch dadurch entstehen, dass nicht wenige Menschen keine Autobahnvignette kaufen oder kaufen wollen und daher gezwungen sind, durch die Stadt zu fahren. Dies wiederum führt zu einer höheren Feinstaub- und Abgasbelastung und zu einer sinkenden Lebensqualität für die AnrainerInnen.

Die ASFINAG zeigte sich damals nicht sehr verständnisvoll und hat diese Anträge zurückgewiesen.

Nunmehr gibt es jedoch neue Entwicklungen. Erst vor wenigen Tagen haben sich die Bürgermeister von acht Grazer Umlandgemeinden (Seiersberg, Feldkirchen, Pirka,

Unterpremstätten, Kalsdorf, Werndorf, Wundschuh und Zettling) gemeinsam für die Aufhebung der Vignettenpflicht im Großraum Graz ausgesprochen. Ziel ist auch hier die Eindämmung des Individualverkehrs im innerstädtischen bzw. dörflichen Gebiet, um die Gemeinden wieder lebenswerter zu machen. Um bis zu 20 Prozent sollte sich – so Schätzungen und Berechnungen – der Durchzugsverkehr verringern.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, gemeinsam mit den Bürgermeistern der angesprochenen Gemeinden mit der ASFINAG über die Aufhebung der Vignettenpflicht in und um Graz in Verhandlungen zu treten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Einrichtung einer Öffi-Linie zwischen Lauzilgasse und Puntigamer Straße

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zahlreiche Wohnanlagen und Einfamilienhäuser sowie Gewerbebetriebe sind im Laufe der Zeit im Grazer Süden entlang der Herrgottwiesgasse zwischen Lauzilgasse und Puntigamer Straße entstanden. Auch befindet sich der sehr stark frequentierte

Postsportplatz im Einzugsgebiet der Herrgottwiesgasse, welchen zahlreiche Jugendliche für ihre sportliche Betätigung in Anspruch nehmen.

Eine optimale Anbindung an den öffentlichen Verkehr gibt es für die AnrainerInnen entlang des südlichen Teils der Herrgottwiesgasse jedoch leider nicht. So ist die Straßenbahn der Linie 5, welche entlang der Triester Straße geführt wird, oder die Busanbindung der Linie 671, welche über die Puchstraße verläuft, für eine optimale Erreichbarkeit oder Benützung viel zu weit entfernt.

Nun fordern die BürgerInnen und AnrainerInnen entlang der Herrgottwiesgasse die Einrichtung einer Öffi-Linie, um eine bessere Anbindung an das Liniennetz zu haben und damit nicht weiter auf den eigenen PKW angewiesen zu sein. Anzumerken ist auch, dass jener Teil des Bezirkes Puntigam entlang der Herrgottwiesgasse zu den städtebaulichen Entwicklungsgebieten der Stadt Graz mit hoher prognostizierter BewohnerInnenfrequenz gehört.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht, an die Holding Graz Linien heranzutreten, um - wie im Motivenbericht erläutert - zu evaluieren, ob eine Buslinie über die Herrgottwiesgasse zwischen Lauzilgasse und Puntigamer Straße geführt werden kann, um eine optimale Öffi-Anbindung für die BürgerInnen und AnrainerInnen dieses Einzugsgebietes im Grazer Süden zu erreichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Wartehäuschen Bushaltestelle 52 „Am Andritzbach“

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei der Bushaltestelle der Linie 52 „Am Andritzbach“ Richtung Ziegelstraße befindet sich ein Bankerl, das von den Fahrgästen dankbar angenommen wird. Aufgrund des fehlenden Wartehäuschens ergeben sich für die Wartenden jedoch zwei Probleme.

Zum einen fehlt jeglicher Schutz vor Regen, Schnee und auch intensiver Sonneneinstrahlung, zum anderen befindet sich direkt hinter der Bushaltestelle eine Autowaschanlage. Diese führt zu erheblichen Geruchsbelästigungen. Außerdem werden bei bestimmten Witterungsverhältnissen die Sprühmittel auf den Bereich der Bushaltestelle verweht.

Auch die Betreiberfirma ist hier in die Pflicht zu nehmen, entsprechende bauliche Maßnahmen zu veranlassen bzw. einen finanziellen Beitrag zur Errichtung des Wartehäuschens als Schutzmaßnahme gegen die Emissionen der Autowaschanlage zu leisten.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Bürgermeister wird aufgefordert, in Absprache mit den zuständigen Stellen ein Wartehäuschen „Am Andritzbach“ entsprechend dem Motivenbericht errichten zu lassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Erneuerung der Erinnerungstafel an Peter Rosegger in der Wickenburggasse

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der steirische Heimatdichter Peter Rosegger – heuer verstärkt in Erinnerung gebracht – war mit der Landeshauptstadt Graz stets verbunden, u. a. besuchte er hier die Handelsakademie. Nicht nur sein literarisches Schaffen, auch sein soziales Wirken hat in der Steiermark deutliche Spuren hinterlassen.

Seine erste Wohnung in Graz befand sich in der Wickenburggasse. Leider ist die diesbezügliche Erinnerungstafel in einem sehr schlechten Zustand und fast nicht mehr lesbar. Gerade heuer scheint eine Erneuerung sehr angebracht.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Erinnerungstafel an Peter Rosegger in der Wickenburggasse zu erneuern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Installierung einer Druckknopfampel in der Mariatroster Straße

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Konditorei Kern im Bezirk Mariatrost ist ein sehr beliebter Treffpunkt von Jung und Alt.

Diese an der stark befahrenen Mariatroster Straße gelegene Konditorei zu erreichen, ist jedoch für viele BesucherInnen – speziell für Kinder und SeniorInnen – kein wirklich gefahrloses Unterfangen, denn aufgrund des enormen Verkehrsaufkommens ist eine Überquerung der Mariatroster Straße trotz Zebrastreifens sehr gefährlich. In jüngster Zeit wurde dieser Umstand leider zweimal drastisch vor Augen geführt. Eine Druckknopfampel würde die Sicherheit der FußgängerInnen deutlich verbessern.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen in Graz werden angewiesen, zur erhöhten Sicherheit an besagtem Straßenstück eine Druckknopfampel zu installieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Trennung von Fußgänger- und Radfahrerspur zwischen Keplerbrücke und Kalvarienbrücke

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Vermischung von FußgängerInnen und RadfahrerInnen am Murkai führt tempobedingt immer wieder zu heiklen Situationen. Auch kleinere Zusammenstöße waren schon an der Tagesordnung. Viele AnrainerInnen wünschen sich eine klare Trennung der beiden Spuren. Dies würde die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen erhöhen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden angewiesen, für eine klare Trennung der beiden Verkehrsteilnehmer im besagten Abschnitt zu sorgen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Kunst- und Kulturleitsystem für Graz

GR. Sikora stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Egal, ob Universalmuseum Joanneum, Kunsthaus, Stadtmuseum, Schloss Eggenberg, Volkskundemuseum oder Zeughaus etc. die TouristInnen finden unsere Museen nicht.

Zu einem reinen Suchspiel avanciert für TouristInnen, aber auch für viele ortskundige GrazerInnen, der Versuch, ein Museum oder eine Kultureinrichtung in Graz zu finden.

Noch immer fehlt in der Kulturhauptstadt ein dafür notwendiges Kunst- und Kulturleitsystem, wie es von den Verantwortlichen bereits seit längerem gefordert wird, zumal laut Statistik ja immer mehr TouristInnen den Weg nach Graz finden.

Im Bezirksrat Innere Stadt wurde vor kurzem ein einstimmiger Beschluss gefällt, in dem entsprechende Hinweisschilder zum Joanneumsviertel gefordert werden, ein weiteres Indiz dafür, dass die Beschilderung zur Auffindung unserer Kunst- und Kultureinrichtungen zu wünschen übrig lässt.

Die verantwortlichen Museums-GeschäftsführerInnen versuchen zwar auch mit eigenen Mitteln, auf ihr Museum aufmerksam zu machen. Ein gut erkennbares und einheitliches Kunst- und Kulturleitsystem sowie eine attraktive Gestaltung der Hinweistafeln, ergänzt um Bilder der jeweiligen Museen, wären allerdings wesentlich effektiver, damit die zahlreichen TouristInnen und MuseumsbesucherInnen nicht länger in die Irre geführt werden. Attraktive Animationsgegenstände vor den Museen, wie zum Beispiel eine Ritterrüstung vor dem Zeughaus, würden darüber hinaus auch visuell zu einem Museumsbesuch einladen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der zuständige politische Referent und die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit den Verantwortlichen der Grazer Kunst- und Kultureinrichtungen Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob eine geeignete Lösung zur Errichtung eines Kunst- und Kulturleitsystems für Graz herbeigeführt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Naherholungsgebiet Auwiesen – Errichtung eines FKK-Bereiches

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nach der Fertigstellung des Murkraftwerkes Gössendorf wurde nach rund zwölf Monaten Umsetzungszeit das Naherholungsgebiet „Auwiesen“ feierlich eröffnet. Mit der Neugestaltung des Areals oberhalb des Murkraftwerkes in Gössendorf wurde ein neues, attraktives und für die BürgerInnen kostenlos benutzbares Erholungsgebiet für den Großraum Graz geschaffen.

Auf einer Gesamtfläche von ca. 135.000 m² wurden auf ca. 3.500 m² eine Liegewiese sowie fünf fix verankerte Grillplätze und Freiflächen für sportliche Aktivitäten errichtet. Die Kosten von rund 705.000 Euro wurden zur Hälfte aus dem EU-Aktionsfeld „Urbanplus“ im Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007–2013“ gefördert.

Auf alle Fälle jedoch ist die „Auwiese“ im Süden von Graz eine Erholungszone geworden, die wegen ihrer Größe und Attraktivität durchaus mit der Wiener Lobau zu vergleichen ist. Nachdem die KPÖ im Februar 2013 auch dem Stück im Gemeinderat zustimmte, ortet sie im Nachhinein allerdings noch einen Schönheitsfehler. Zahlreiche Erholungssuchende machen nun mobil, denn sie vermissen einen FKK-Bereich in der Erholungszone. Ein dafür geeigneter Platz wäre – etwas südlicher gelegen – durchaus in ausreichendem Maße vorhanden.

Am Beispiel Wiener Lobau sieht man auch, wie es geht. Dort wird der FKK-Bereich von Jung und Alt nicht nur angenommen, sondern regelrecht gestürmt. Auch wäre die Errichtung eines FKK-Bereiches eine geeignete Alternative für die vielen BürgerInnen, die sich die überbezahlten Eintritte in die öffentlichen Bäder nicht leisten können.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der zuständige politische Referent und die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit den Verantwortlichen der Kraftwerksbetreiber und der GBG Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob ein FKK-Bereich im Naherholungsgebiet Auwiesen realisiert werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Maßnahmen zur Verbesserung der barrierefreien Nutzung der Auster für Menschen mit Behinderung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auch wenn beim Bau der Auster im Bezirk Eggenberg bereits einige barrierefreie Lösungen Berücksichtigung gefunden haben, besteht in einigen Punkten Nachholbedarf. Aus Sicht von Betroffenen wird hervorgehoben, dass innerhalb der gesamten Anlage z.B. Hinweisschilder fehlen, die zu einer besseren Orientierung über die einzelnen Funktionsbereiche beitragen würden. Da leider bei der räumlichen Organisation die Umkleidekabinen nicht – wie es wünschenswert wäre – auf einer Ebene mit der Hauptnutzung – nämlich dem Schwimmbecken und dem Wellnessbereich – angeordnet wurden, sondern einen Halbstock tiefer liegen, muss

besonders dieser komplizierte Weg nachvollziehbar beschildert werden. Da generell der Anspruch besteht, dass ein neues, zeitgemäßes Schwimmbad für alle Menschen mit allen Sinnen zugänglich sein muss, ist z.B. auch die Installierung eines Informationssystems für Gehörlose erforderlich, damit sie gegebenenfalls bei Notsituationen rechtzeitig gewarnt werden können. Darüber hinaus wurde auch darauf verwiesen, dass es Schwierigkeiten mit dem Hebelift gibt, da er ausschließlich mit Hilfe einer zuständigen Person genutzt werden kann.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, welche zusätzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der barrierefreien Nutzung der Auster für Menschen mit Behinderung umgesetzt werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Renovierung der Überdachung am Hofbauerplatz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Hofbauerplatz ist ein wichtiger öffentlicher Platz im Bezirk Eggenberg, der einerseits aufgrund des regelmäßig stattfindenden Bauernmarktes ein beliebter

Anziehungspunkt für die BezirksbewohnerInnen ist und andererseits auch für öffentliche Veranstaltungen im Interesse der Menschen vor Ort gerne genutzt wird. Die Überdachung eines Teils des Marktbereiches ist ein unverwechselbares Merkmal für diesen öffentlichen Platz und sie soll deshalb auch langfristig erhalten bleiben. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die dafür zuständigen Stellen werden ersucht, Maßnahmen zur Renovierung der Überdachung des Hofbauerplatzes anzudenken und möglichst auch umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) City of Design

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Aufbauend und ergänzend zu den bis dato von der CIS als Koordinatorin und Betreiberin gesetzten Entwicklungsschritten und Aktivitäten sollen künftig im Rahmen einer in der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung zu implementierenden Geschäftsstelle „UNESCO City of Design“ in Kooperation mit der CIS als Dienstleister und möglichen anderen Dienstleistern projektbezogene

Unterstützungen abgewickelt werden. Weiters soll diese Abteilung künftig die Rolle der Steuerung und Botschafterfunktion/Internationales wahrnehmen.

Aus dieser neuen Konstellation ergeben sich zahlreiche Fragen, die weder im Gemeinderatsstück selbst beantwortet werden noch im zuständigen Fach-Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus vorberaten wurden.

Im Namen des Gemeinderatsklubs der Grünen-ALG stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der zuständige Fach-Ausschuss wird in die Beratungen und Beschlussfassung folgender Punkte einbezogen:

- 1.) Funktion der Geschäftsstelle „Graz UNESCO City of Design“
- 2.) Zusammensetzung des neu einzurichtenden interdisziplinären Kreativwirtschaftsbeirats
- 3.) Förderkriterien für das neu zu schaffende Förderungsprogramm.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina S c h r ö c k schließt die Sitzung des Gemeinderates um 17.35 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsck

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb